

Zur Verwendung gegenüber:
1. einer Person, die bei Abschluss des Vertrages in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt (Unternehmer);
2. Juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.
(nachstehend „Besteller“)

(Lieferer und Besteller nachstehend gemeinsam auch „Parteien“ genannt)

§ 1 Allgemeine Bestimmungen und Vertragsschluss

- (1) Allen Lieferungen von Maschinen, Anlagen, Steuerungstechnik und Ersatzteilen sowie Leistungen (nachstehend „Liefergegenstand“) durch den Lieferer liegen diese Verkaufsbedingungen sowie etwaige gesonderte vertragliche Vereinbarungen zugrunde. Abweichende Einkaufs- oder sonstige Geschäftsbedingungen des Bestellers wird seitens des Lieferers widersprochen; solche Einkaufs- oder sonstigen Geschäftsbedingungen des Bestellers werden auch durch Auftragsannahme nicht Vertragsinhalt. Für elektrotechnisches Zubehör (Motoren usw.) gelten die Lieferbedingungen des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie und für die Ausführung die Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker.
(2) Diese Verkaufsbedingungen gelten in ihrer jeweili aktuellen Fassung auch für alle Folgeschäfte des Lieferers mit dem Besteller, ohne dass dies bei dem Abschluss derartiger Folgeschäfte ausdrücklich erwähnt oder vereinbart werden muss.
(3) Ein Vertrag kommt – mangels besonderer Vereinbarung – erst mit der auf die Annahme durch den Besteller folgenden schriftlichen Auftragsbestätigung des Lieferers zustande. Vorher abgegebene Angebote des Lieferers sind grundsätzlich freibleibend. Sofern die Bestellung ein Angebot im Sinne von § 145 BGB darstellt, ist der Lieferer berechtigt, dieses innerhalb einer Frist von zwei Wochen anzunehmen.
(4) Sofern die Auftragsbestätigung von der vorausgegangenen Annahme des Bestellers abweicht, gilt der Vertrag als geschlossen, sofern der Besteller dies ausdrücklich gegenüber dem Lieferer erklärt oder der Besteller der Auftragsbestätigung nicht innerhalb von zwei Wochen an Zugang der Auftragsbestätigung widerspricht.
(5) Technische Änderungen sowie Änderungen in Form, Farbe und / oder Gewicht bleiben dem Lieferer vorbehalten, soweit für den Besteller zumutbar. Hinsichtlich des Gewichts, der Abmessungen, sowie sonstiger technischer Angaben sowie Abbildungen sind die Angaben in der Auftragsbestätigung maßgeblich. Technische Angaben beziehen sich, vorbehaltlich anderlautender Angaben, auf Maximalleistungen bei Verwendung des Liefergegenstands mit gereinigtem, trockenem Weizen mit einer Feuchtigkeit von 14% und einem Schüttgewicht von 750 kg/m³. Angegebene Leistungswerte und Betriebskosten gelten als Durchschnittswerte bei sachgemäßer Anwendung, Bedienung und Wartung der Liefergegenstände nach Maßgabe der Bedienungsanleitung des Lieferers.
(6) Der Lieferer behält sich an Mustern, Kostenvoranschlägen, Abbildungen, Zeichnungen, Kalkulationen u. ä. Informationen körperlicher und unkörperlicher Art – auch in elektronischer Form – sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor, sie dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Die Parteien verpflichten sich, von der anderen Partei als vertraulich bezeichnete Informationen und Unterlagen nur mit deren Zustimmung Dritten zugänglich zu machen. Entsprechende Unterlagen und Informationen sind dem Lieferer auf Verlangen zurückzugeben, wenn die Verhandlungen nicht zum Abschluss eines Vertrags führen.
(7) Angaben und Vereinbarungen über Beschaffenheit, Haltbarkeit und Verfügbarkeit des Liefergegenstands gelten nur als selbständige Garantie, wenn sie von den Parteien übereinstimmend ausdrücklich als solche bezeichnet werden.

§ 2 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Preise gelten mangels besonderer Vereinbarung ab Werk Melle ausschließlich Verpackung, die gesondert in Rechnung gestellt wird. Der Lieferer behält sich das Recht vor, die vereinbarten Preise entsprechend zu ändern, wenn nach Abschluss des Vertrages Kostensenkungen oder Kosten erhöhungen, insbesondere aufgrund Tarifabschlüssen oder Materialpreisesteigerungen eintreten. Die Kostensenkungen oder -erhöhungen wird der Lieferer dem Besteller auf Verlangen nachweisen.
(2) Die gesetzliche Umsatzsteuer ist nicht in den Preisen eingeschlossen; die Umsatzsteuer kommt in der jeweiligen, am Tag der Rechnungsstellung geltenden gesetzlichen Höhe hinzu und wird in der Rechnung gesondert ausgewiesen.
(3) Mangels besonderer Vereinbarung ist der Kaufpreis ohne Abzug innerhalb von 10 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig und ausschließlich an den Lieferer zu leisten. Bei Zahlungsverzug nach Fälligkeit werden Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem jeweiligen Basiszinssatz p. a. berechnet. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugs-schadens bleibt dem Lieferer vorbehalten.
(4) Wechsel, Schecks und sonstige Wertpapiere werden von dem Lieferer nur unter dem Vorbehalt rechtzeitiger und vollständiger Einlösung zahlungshalber angenommen. Ergeben sich aus der Hereinnahme von Wechseln, Schecks oder sonstigen Wertpapieren Schwierigkeiten irgendwelcher Art, die in den Verhältnissen des Akzeptanten begründet sind, so kann der Lieferer die sofortige Zahlung des gesamten Preises nebst Zinsen und etwaigen Kosten ohne vorherige Mahnung verlangen. Dasselbe gilt, wenn die vereinbarten Wechseln, Schecks oder sonstigen Wertpapiere nicht rechtzeitig dem Lieferer übergeben werden. Kosten, die aus der Annahme von Wechseln, Schecks oder sonstigen Wertpapieren entstehen, hat der Besteller dem Lieferer unverzüglich zu erstatten. Bei Annahme von Wechseln oder Schecks hält der Lieferer, sofern sie auf Nebenplänen ausgestellt sind, nicht für rechtzeitige Vorzeigung und Protestierung.
(5) Werden bei vereinbarten Teilzahlungen zwei aufeinanderfolgende Teilzahlungen ganz oder teilweise nicht rechtzeitig geleistet, so wird der gesamte noch ausstehende Preis sofort zur Zahlung fällig. Bei Handlern (Wiederverkäufern) wird der gesamte noch ausstehende Preis sofort zur Zahlung fällig, wenn bei vereinbarten Teilzahlungen eine Teilzahlung ganz oder teilweise nicht rechtzeitig geleistet wird.

§ 3 Aufrechnung, Zurückbehaltung

- (1) Das Recht, Zahlungen zurückzuhalten, steht dem Besteller nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

- (2) Das Recht des Bestellers, mit Gegenansprüchen aus anderen Rechtsverhältnissen aufzurechnen, steht dem Besteller nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

§ 4 Lieferzeit, Lieferverzögerung

- (1) Die Lieferzeit ergibt sich aus den Vereinbarungen der Parteien. Ihre Einhaltung durch den Lieferer setzt voraus, dass alle kaufmännischen und technischen Fragen zwischen den Parteien geklärt sind und der Besteller alle ihm obliegenden Verpflichtungen, wie z. B. die Beibringung der erforderlichen behördlichen Bescheinigungen oder Genehmigungen oder die Leistung einer Anzahlung erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Dies gilt nicht, sofern die Lieferer die Verzögerung zu vertreten haben.
(2) Die Einhaltung der Lieferfrist steht unter dem Vorbehalt richtiger und rechtzeitiger Selbstbelieferung. Sich abzeichnende Verzögerungen teilt der Lieferer sobald als möglich mit.
(3) Die Lieferzeit ist eingehalten, wenn die Liefergegenstand bis zu ihrem Ablauf das Werk des Lieferers verlassen hat, wobei die Versandbehörde der Abnahmestelle maßgebend, sowie der Besteller an der Abnahme nicht teilnimmt, die Meldung der Abnahmeherrschaft.
(4) Werden der Versand- bzw. die Abnahme des Liefergegenstands aus Gründen verzögert, die der Besteller zu vertreten hat, so werden ihm, nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist die durch die Verzögerung entstandenen Kosten berechnet. Weitergehende Ansprüche bleiben dem Lieferer vorbehalten.
(5) Ist die Nichteinhaltung der Lieferzeit auf höhere Gewalt, auf Arbeitskämpfe oder sonstige Ereignisse, die außerhalb des Einflussbereiches des Lieferers liegen, zurückzuführen, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Der Lieferer wird dem Besteller den Beginn und das Ende derartiger Umstände baldmöglichst mitteilen. Dauern die benannten Umstände länger als 6 Monate an, so steht es beiden Parteien frei, vom Kaufvertrag zurückzutreten, ohne dass gegenseitige Ausgleichspflichten entstehen mit Ausnahme der Rückführung eventuell bereits geleisteter Anzahlungen, denen infoge des Rücktritts keine angemessene Gegenleistung mehr gegenübersteht.

§ 5 Transport

- (1) Transport- und alle sonstigen Verpackungen nach Maßgabe der Verpackungsordnung sowie Paletten werden vom Lieferer nicht zurückgenommen. Der Besteller ist verpflichtet, Verpackungen und Paletten auf eigene Kosten zu entsorgen. Zwingende gesetzliche Rücknahmepflichten des Lieferers bleiben unberührt.
(2) Der Lieferer ist beim Versendungskauf berechtigt, den Liefergegenstand auch von einem anderen Ort als dem Erfüllungsort zu versenden.
(3) Sofern der Besteller es wünscht, wird der Liefergegenstand durch eine Transportversicherung eingedeckt; die insoweit anfallenden Kosten trägt der Besteller.

§ 6 Gefahrübergang, Abnahme

- (1) Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen geht die Gefahr auf den Besteller über, wenn der Liefergegenstand das Werk des Lieferers verlassen hat und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Lieferer noch andere Leistungen, z. B. die Versandkosten oder Anlieferung und Aufstellung übernommen hat. Soweit eine Abnahme zu erfolgen hat, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Soweit nicht anders vereinbart, muss die Abnahme unverzüglich zum Abnahmetermin, hilfsweise nach der Meldung des Lieferers über die Abnahmeherrschaft durchgeführt werden. Der Besteller darf die Abnahme bei Vorliegen eines nicht wesentlichen Mangels nicht verweigern.

- (2) Werden der Versand- bzw. die Abnahme des Liefergegenstands aus Gründen verzögert, die der Besteller zu vertreten hat, so werden ihm, nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist die durch die Verzögerung entstandenen Kosten berechnet. Weitergehende Ansprüche bleiben dem Lieferer vorbehalten.

- (3) Ist die Nichteinhaltung der Lieferzeit auf höhere Gewalt, auf Arbeitskämpfe oder sonstige Ereignisse, die außerhalb des Einflussbereiches des Lieferers liegen, zurückzuführen, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Der Lieferer wird dem Besteller den Beginn und das Ende derartiger Umstände baldmöglichst mitteilen. Dauern die benannten Umstände länger als 6 Monate an, so steht es beiden Parteien frei, vom Kaufvertrag zurückzutreten, ohne dass gegenseitige Ausgleichspflichten entstehen mit Ausnahme der Rückführung eventuell bereits geleisteter Anzahlungen, denen infoge des Rücktritts keine angemessene Gegenleistung mehr gegenübersteht.

§ 7 Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Lieferer behält sich das Eigentum an dem Liefergegenstand bis zum Eingang aller Zahlungen - auch für ggf. zusätzliche geschuldete Nebenleistungen - aus dem Vertrag vor. Für die Dauer des Eigentumsvorbehalts hat der Besteller den Liefergegenstand pfleglich zu behandeln und angemessen zu versichern. Sofern Wartungs- und Inspektionssarbeiten erforderlich sind, muss der Besteller diese auf eigene Kosten rechtzeitig durchführen. Der Lieferer ist berechtigt, den Liefergegenstand auf Kosten des Bestellers gegen Diebstahl, Bruch-, Feuer-, Wasser- und sonstige Schäden zu versichern, sofern nicht der Besteller selbst die Versicherung nachweislich abgeschlossen hat.
(2) Unbeschadet nachstehend § 7(6) darf der Besteller den Liefergegenstand weder veräußern, verpfänden noch zur Sicherung übergeben. Bei Pfändungen sowie Beschlagnahme oder sonstigen Verfügungen durch Dritte hat der Besteller den Lieferer unverzüglich davon zu benachrichtigen.
(3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer zur Rücknahme des Liefergegenstands nach Mahnung berechtigt und der Besteller zur Herausgabe an den Lieferer verpflichtet.
(4) Aufgrund des Eigentumsvorbehalts kann der Lieferer den Liefergegenstand vom Besteller nur heraus verlangen, wenn er vom Vertrag zurückgetreten ist.
(5) Der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bestellers berechtigt den Lieferer vom Vertrag zurückzutreten und die sofortige Rückgabe des Liefergegenstands zu verlangen.
(6) Der Besteller ist berechtigt, den Liefergegenstand im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu verkaufen; der Besteller tritt dem Lieferer schon jetzt alle Forderungen in Höhe des Faktura-Endbetrags (einschließlich Umsatzsteuer) seiner Forderung ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob der Liefergegenstand ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist. Zur Einziehung dieser Forderung bleibt der Besteller auch nach der Abretzung ermächtigt. Die Befugnis des Lieferers, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hierzu unberührt. Er verpflichtet sich jedoch, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen aus den vereinbarten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug gerät und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder Zahlungseinstellung vorliegt. Ist aber dies der Fall, so kann der Lieferer verlangen, dass der Besteller ihm die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abretzung mittelt.
(7) Die Verarbeitung oder Umbildung des Liefergegenstands durch den Besteller wird stets für den Lieferer vorgenommen. Wird der Liefergegenstand mit anderen, ihm nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt er das Miteigentum an den neuen Sache im Verhältnis des Wertes des Liefergegenstands (Faktura-Endbetrag, einschließlich Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im Übrigen die gleiche wie für den unter Vorbehalt gelieferten Liefergegenstand.
(8) Wird der Liefergegenstand mit anderen, dem Lieferer nicht gehörenden Gegenständen un trennbar vermischt, so erwirbt der Lieferer das Miteigentum an den neuen Sache im Verhältnis des Wertes des Liefergegenstands (Faktura-Endbetrag, einschließlich Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt

die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Besteller dem Lieferer alleinig Miteigentum überträgt. Der Besteller verwahrt das so entstandene Alleineigentum oder Miteigentum für den Lieferer.

(9) Der Besteller trifft dem Lieferer auch die Forderungen zur Sicherung der Forderungen des Lieferers gegen ihn ab, die durch die Verbindung des Liefergegenstands mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.

(10) Ist der Eigentumsvorbehalt oder die Abretzung nach dem Recht, in dessen Bereich sich die der Liefergegenstand befindet, nicht wirksam, so gilt die dem Eigentumsvorbehalt oder der Abretzung des Liefergegenstands in diesem Bereich entsprechende Sicherung als vereinbart. Ist zur Entstehung die Mitwirkung des Bestellers erforderlich, so ist er auf die Anforderung des Lieferers hin verpflichtet, auf seine Kosten alle Maßnahmen zu treffen, die zur Begründung und Erhaltung solcher Rechte erforderlich sind.

(11) Insoweit die oben genannten Sicherheiten die zu sichernden Forderungen um mehr als 10 % übersteigen, ist der Lieferer verpflichtet, die Sicherheiten nach seiner Auswahl auf Verlangen des Bestellers freizugeben.

§ 8 Rücktritt

- (1) Der Lieferer ist vor erfolgter Lieferung zum Rücktritt berechtigt, falls ihm konkrete Anhaltspunkte vorliegen, welche die Zahlungsfähigkeit des Bestellers zweifelhaft erscheinen lassen.

- (2) Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach Setzung einer angemessenen Frist auch nach Lieferung zum Rücktritt vom Vertrag und zur Zurücknahme des Liefergegenstands berechtigt.

- (3) Nach Zurücknahme des Liefergegenstands ist der Lieferer zu deren Verwertung befugt. Der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeiten des Bestellers – abzüglich angemessener Verwertungskosten – anzurechnen.

- (4) Für den Fall, dass – gleich aus welchem Grund – der Liefergegenstand ganz oder teilweise vom Lieferer zurückgenommen werden sollte, ist der Besteller verpflichtet, soweit sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, den Liefergegenstand innerhalb von 3 Wochen unter Angabe der Auftragsnummer frachtfrei und auf eigene Gefahr an den vom Lieferer aufzugebenden Bestimmungsort zu senden.

- (5) Kommt aufgrund eines vom Besteller zu vertretenden Umstands zum Rücktritt vom Vertrag, hat der Besteller dem Lieferer Schadensersatz in Höhe von:

- 15% des Kaufpreises bei einem Kaufpreis bis zu 1000 EUR
- 10% des Kaufpreises bei einem Kaufpreis bis zu 10.000 EUR
- 7,5% des Kaufpreises bei einem Kaufpreis bis 100.000 EUR
- 5% des Kaufpreises bei einem Kaufpreis ab 100.000 EUR

zu leisten. Die Höhe des zu leistenden Schadensersatzes ist bei entsprechenendem Nachweis einer abweichenden Schadenshöhe durch den Besteller oder Lieferer entsprechend anzupassen.

(6) Der Rücktritt ist ausgeschlossen, soweit der Liefergegenstand als eine Bauleistung i.S. § 1 VOB/A zu qualifizieren ist. In diesen Fällen beschränken sich die Rechte des Bestellers auf Nacherfüllung, Minderung und Schadensersatz entsprechend § 9 dieser Verkaufsbedingungen.

§ 9 Mängelansprüche (Gewährleistung)

Für Sach- und Rechtsmängel des Liefergegenstandes haftet der Lieferer unter Ausschluss weiterer Ansprüche – vorbehaltlich § 10 wie folgt:

Sachmängel

(1) Alle diejenigen Teile sind nach Wahl des Lieferers nachzubessern oder mangelfrei zu ersetzen, die sich infolge eines vor dem Gefahrübergang liegenden Umstandes als mangelhaft herausstellen. Die Feststellung solcher Mängel ist dem Lieferer unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Ersetzte Teile werden Eigentum des Lieferers.

(2) Zur Vornahme aller dem Lieferer notwendig erscheinenden Nachbesserungen und Ersatzlieferungen hat der Besteller nach Verständigung dem Lieferer die erforderliche Zeit und Gelegenheit einzuräumen; andernfalls ist der Lieferer von der Haftung für die daraus entstehenden Folgen befreit. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit bzw. zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden hat der Besteller das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Lieferer die erforderlichen Aufwendungen zu verlangen.

(3) Der Lieferer trägt, soweit sich die Beanstandung als berechtigt heraussetzt – die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, soweit hierdurch keine unverhältnismäßige Belastung des Lieferers eintritt. Soweit sich die Aufwendungen dadurch erhöhen, dass der Besteller die Kaufsache an einen anderen Ort als den Erfüllungsort verbrachte, sind dadurch entstehende Mehrkosten vom Besteller zu tragen. Der Lieferer ersetzt bei dem Verkauf einer neu hergestellten Sache außerdem im Umfang seiner gesetzlichen Verpflichtung die vom Besteller geleisteten Aufwendungen im Rahmen von Rückgriffsansprüchen in der Lieferette.

(4) Der Besteller hat im Rahmen der gesetzlichen Ausnahmefälle – eine ihm gesetzte angemessene Frist für die Nachbesserung oder Ersatzlieferung wegen eines Sachmangels fruchtlos verstreicht lässt oder die Nachbesserung oder Ersatzlieferung fehlschlägt. Liegt nur ein unerheblicher Mangel vor, steht dem Besteller lediglich ein Recht zur Minderung des Vertragspreises zu. Das Recht auf Minderung des Vertragspreises bleibt ansonsten ausgeschlossen.

(5) Weitere Ansprüche bestimmen sich nach § 10(2) dieser Verkaufsbedingungen.

(6) Keine Haftung wird insbesondere in folgenden Fällen übernommen:

- a) ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung;
- b) fehlerhafte Montage oder Inbetriebsetzung des Liefergegenstandes;

c) natürliche Abnutzung des Liefergegenstandes;

d) fehlerhafte oder nachlässige Behandlung;

e) nicht ordnungsgemäße Wartung des Liefergegenstandes durch den Besteller oder Dritte;

f) ungeeigneter Betriebsmittel;

g) mangelhafte Betriebsergebnisse;

h) ungeeignete Baugruppen;

i) chemische, elektrochemische oder elektrische Einflüsse, sofern sie nicht vom Lieferer zu verantworten sind.

(7) Der Lieferer haftet nicht für Verschleißteile.

(8) Besserer Besteller oder ein Dritter unsachgemäß nach, besteht keine Haftung des Lieferers für die daraus entstehenden Folgen. Gleichermaßen gilt für ohne vorherige Zustimmung des Lieferers vorgenommene Änderungen des Liefergegenstandes.

(9) Der Lieferer hat den Liefergegenstand gem. den einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in betriebs- und unfallrisicher Bauart mit den entsprechenden Schutzvorrichtungen zu liefern. Hat sich der Besteller über die geforderten Schutzvorrichtungen und Schutzmaßnahmen genau zu unterrichten und diese bei der Bestellung ausdrücklich zu verlangen, vorzugeben und den Lieferer hierauf hinzuweisen. Der Lieferer haftet nicht für Folgen, die aus einer Verletzung dieser Pflicht durch den Besteller entstehen.

Rightsmängel
(10) Führt die Benutzung des Liefergegenstandes zur Verletzung von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten im Inland, wird der Lieferer auf seine Kosten dem Besteller grundsätzlich das Recht zum weiteren Gebrauch verschaffen oder den Liefergegenstand in für den Besteller zumutbarer Weise derart modifizieren, dass die Schutzrechtsverletzung nicht mehr besteht. Ist dies zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen oder in angemessener Frist nicht möglich, ist der Besteller zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Darüber hinaus wird der Lieferer den Besteller von unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen der betreffenden Schutzrechtsinhaber freistellen.

(11) Die in § 9(10) genannten Verpflichtungen des Lieferers sind vorbehaltlich § 10(2) für den Fall der Schutz- oder Urheberrechtsverletzung abschließend. Sie bestehen nur, wenn der Besteller den Lieferer unverzüglich von geltend gemachten Schutz- oder Urheberrechtsverletzungen unterrichtet, der Besteller den Lieferer in angemessenem Umfang bei der Abwehr der geltend gemachten Ansprüche unterstützt, dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen einschließlich außergerichtlicher Regelungen vorbehalten bleibt, der Rechtsmangel nicht auf einer Anweisung des Bestellers beruht und die Rechtsverletzung nicht dadurch verursacht wurde, dass der Besteller den Liefergegenstand eigenmächtig geändert oder in einer nicht vertragsgemäßen Weise verwendet hat.

§ 10 Haftung des Lieferers, Haftungsausschluss

(1) Wenn der Liefergegenstand infolge von Lieferer schuldhaft unterlassener oder fehlerhafter Vorschläge oder Beratungen, die von oder nach Vertragsschluss erfolgten, oder durch die schuldhafte Verletzung anderer erbrachter Nebenverpflichtungen – insbesondere Anleitung für die Bedienung und Wartung des Liefergegenstandes – vom Besteller nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Bestellers die Regelungen des § 9(1) und § 10(3).

(2) Für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind, haftet der Lieferer – aus welchen Rechtsgründen auch immer – nur

a) bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit,

b) bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit;

c) bei Mängeln, die er arglistig verschwiegen hat;

d) im Rahmen einer Garantieausübung,

e) bei Mängeln des Liefergegenstandes, soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- oder Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird.

Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Lieferer auch bei einfacher Fahrlässigkeit, allerdings begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden. Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

(3) Der Lieferer hat den Liefergegenstand gemäß den einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in betriebs- und unfallrisicher Bauart mit den entsprechenden Schutzvorrichtungen zu liefern. Falls der Besteller einer anderen Berufsgenossenschaft angehört, hat dieser sich über die geforderten Schutzvorrichtungen und Schutzmaßnahmen genau zu unterrichten und diese bei der Bestellung ausdrücklich zu verlangen. Andernfalls ist eine Haftung des Lieferers für alleine daraus resultierende Ansprüche nach Maßgabe von § 10(2) ausgeschlossen.

§ 11 Verjährung

Alle Ansprüche des Bestellers – aus welchen Rechtsgründen auch immer – verjähren in 12 Monaten; dies gilt auch für die Verjährung von Rückgriffsansprüchen in der Lieferette gem. § 445 Abs. 1 BGB, sofern der letzte Vertrag in dieser Lieferette kein Verbrauchsgüterkauft ist. Die Ablaufhemmung aus § 445 Abs. 2 BGB bleibt unberührt. Für Schadensersatzansprüche nach § 10(2)(i), (a) – c) und e)) gelten die gesetzlichen Fristen. Sie gelten auch für Mängel eines Bauwerks oder für Liefergegenstände, die entsprechen ihrer üblichen Verwendungswweise für ein Bauwerk verwendet wurden und dessen Mangelhaftigkeit verursacht haben.

§ 12 Anwendbares Recht, Gerichtsstand

(1) Für alle sich aus oder im Zusammenhang mit diesen Verkaufsbedingungen und unter deren Einbeziehung geschlossenen Vereinbarungen ergebenden Streitigkeiten zwischen dem Lieferer und dem Besteller gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den Internationalen Warenaufkommen vom 11.04.1980 (UN-Kaufrecht).

(2) Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit diesen Verkaufsbedingungen ergebenden Streitigkeiten ist – soweit gesetzlich zulässig – das für den Sitz des Lieferers zuständige Gericht. Der Lieferer ist jedoch berechtigt, am Hauptsitz des Bestellers Klage zu erheben.

(3) Erfüllungsort für alle Lieferungen aus dem Vertragsverhältnis ist D-49328 Melle, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist.

(4) Sollte eine Bestimmung dieser Verkaufsbedingungen unwirksam, nichtig oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so wird hieron die Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit aller sonstigen Bestimmungen dieser Verkaufsbedingungen oder sonstiger Vereinbarungen nicht berührt. Unwirksame, nichtige oder nicht-durchsetzbare Bestimmungen dieser Verkaufsbedingungen gelten als durch solche wirksame und durchsetzbare Bestimmungen ersetzt, die dem wirtschaftlichen Zweck der weggefallenen Regelung so weit wie möglich entsprechen.